

## **Stellungnahme im Rahmen des externen Anhörungsverfahrens zum Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des neunjährigen Gymnasiums und der damit verbundenen Änderung des Schulordnungsgesetzes (Aktenzeichen C4/A4/B2 –0.2.3)**

Der saarländische Landesvorstand der **Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule(GGG)/ Eine Schule für alle Kinder** begrüßt die Rückkehr des 9jährigen Gymnasiums. Es wird damit der Gemeinschaftsschule gleichgestellt. Die dadurch gewonnene Zeit soll u.a. - auch in der Sekundarstufe I – für soziale und kulturelle Projekte in Zusammenarbeit mit Einrichtungen im schulischen Umfeld genutzt werden.

Die Angleichung der gymnasialen Schulzeit an die der Gemeinschaftsschule stellt die Verteilung der Schüler\*innen nach dem 4. Schuljahr auf zwei Säulen einmal mehr in Frage. Es wird die Bezeichnung GEMEINSCHAFTS -Schule ad absurdum geführt, solange Kinder und Jugendlichen durch diese Trennung nach der gemeinsamen Grundschulzeit ohne Not getrennt werden. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des zwei Säulenmodells sind gravierend.

Darauf, dass die Landesregierung mit ihrem zwei Säulen Schulmodell gegen das Inklusionsgebot systematisch verstößt, sei ausdrücklich hingewiesen. Der Landesvorstand der GGG fordert energisch, dass solange Gemeinschaftsschule und Gymnasium nebeneinander existieren, letztere ebenfalls den Anspruch der Inklusion im vollem Umfang erfüllen muss, zumal dafür nun mehr Zeit zur Verfügung steht. Anderenfalls verschärft sich die Lern- und Lebenssituation für Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule und überlastet ihre Lehrer\*innen, Sozialpädagog\*innen und weitere Mitarbeiter\*innen sowie auch die künftig agierenden Professionellen Teams.

Solange dieser Anspruch nicht erfüllt ist, müssen die personelle und sächlichen Ressourcen für die Gemeinschaftsschule deutlich erhöht werden, damit die Schulen in die Lage versetzt werden, ihren großen gesellschaftlichen Auftrag umzusetzen.

Mit großer Sorge beobachtet deshalb der Vorstand der GGG / Saar die unzureichende Personalisierung aller Schulformen. Sie wird durch die vorgesehene Schulzeitverlängerung verschärft. Dem ist durch vermehrte Einstellung von Lehrer\*innen, Sozialpädagog\*innen und weiteren Mitarbeiter\*innen energisch entgegen zu wirken. Der Landesvorstand setzt sich zudem für die gleiche Besoldung der Lehrer\*innen aller Lehrämter ein.

Der Landesvorstand der GGG Saar begrüßt die Aussetzung der Nichtversetzung von Klassenstufe 5 nach 6 im neuen Schulgesetz für das Gymnasium. Im gleichen Zuge fordern er eine Überarbeitung der Gemeinschaftsschulverordnung, in der die Möglichkeit der Nichtversetzung von Klassenstufen 8 nach 9 gestrichen wird.

Der Landesvorstand der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschule / Eine Schule für alle Kinder setzt sich nach wie vor für die Integrierte Gesamtschule ein, die in Stufen bis zum Abitur / zur Hochschulreife nach mindestens 9 Schuljahren führt.

Die Rückkehr des 9jährigen Gymnasiums im Saarland bestätigt, dass Reformen nötig und möglich sind. Der Landtag und die Landesregierung sollte es nicht dabei belassen, längst überholte Strukturen erneut zu festigen, sondern eine dem gesellschaftlichen Anspruch der Chancengerechtigkeit und der wirtschaftlichen Forderung nach umfassend qualifizierten jungen Menschen gerecht zu werden. Die saarländische Schule gewönne dadurch auch Anschluss an moderne Schulsysteme in Europa und in der Welt.

Das sollten alle Parteien und die Landesregierung die Kinder und Jugendlichen im Saarland allemal wert sein.

Der Landesvorstand der GGG Saar steht für Gespräche zu diesem Vorhaben sowie zu allem pädagogischen Themen im Umfeld der Schule gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen und Glück Auf  
(auch und gerade für alle Kinder und Jugendliche)

für den Vorstand

Günther Clemens